

Ercheint täglich außer Montags-Abendblatt... Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 22. Februar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Das Karnickel.

Mit dem Rufe: „Fleisch für Alle!“ wendet sich der Verein für Kaninchenzucht an die deutschen Arbeiter...

Der Verein für Kaninchenzucht weist auf Frankreich, Belgien und England hin, wo die Karnickel-Mästung sich eingebürgert hat...

Es ist ganz richtig, daß namentlich die Franzosen ihren Fleischkonsum durch die Kaninchenzucht vermehrt haben. In Frankreich werden jährlich gegen achtzig Millionen Kaninchen verzehrt...

Das Karnickel ist, was Futter betrifft, ein sehr genügsames Thier; es nährt sich von allen möglichen Abfällen und kann ohne besonderen Aufwand gemästet werden...

mindestens eben so gut schmecken wird, als jähes altes Rindfleisch oder auch Pferdefleisch...

„Hurrah!“ ruft da der brave Philister, „also soll sich der Arbeiter Kaninchen halten und dann braucht man unsere Ohren nicht mehr zu behelligen mit den Klagen über das Massenelend...“

Ach, die Sache liegt wieder anders und die Herren Philister mit dem ganzen Schwarm ihrer Gelehrten täuschen sich. Das Karnickel mißsammt dem ganzen Karnickel-Züchter- und Mäster-Verein...

Zugegeben, daß es einer Anzahl von Arbeitern, denen das Karnickelfleisch schmeckt, möglich ist, selber Karnickel zu züchten und dadurch eine bessere und billigere Fleischnahrung zu erzielen. Vielfach wird man da, wo man Lust zu der Sache hat, sich erst an das Karnickelfleisch gewöhnen müssen...

Aber auch, wenn die häusliche Kaninchenzucht allgemein durchführbar wäre, so wäre dadurch an der allgemeinen Lage wenig oder nichts geändert. Empfindet der französische oder belgische Arbeiter das ihm vom Kapitalismus auferlegte Joch weniger, weil er Karnickelfleisch verzehrt?

Oberflächliche Politiker meinen, daß mit der Billigkeit der Lebensmittel der Druck aus dem Dasein des Arbeiters schwinde! Glatte Täuschung! Die Theuerung wird von dem Arbeiter mit am schmerzlichsten empfunden, aber sie

ist nur ein Theil von den Lasten, die ihm auferlegt sind. Schwindet sie, so lebt er für den Moment etwas besser, aber vom ökonomischen Joch befreit ist er darum nicht. Im Gegentheil werden da, wo die äußeren Lebensbedingungen erträglicher sind, bald auch die Löhne eine sinkende Tendenz annehmen...

Briefe aus England.

London, den 16. Februar 1891.

Die Frage der Maidemonstration ist nun auch für dieses Jahr in der Hauptsache entschieden. Sonntag Vormittag hat eine von der Achtstundengesetz-Liga einberufene Delegirtenversammlung nach längerer Beratung einstimmig beschlossen:

1. Daß eine Demonstration für den gesetzlichen Achtstundentag stattfinden soll. 2. Daß diese Demonstration am ersten Sonntag im Mai, d. h. den 3. Mai, stattfinden soll. Die Versammlung war von ca. 70 Delegirten besucht, von denen etwa die Hälfte rein gewerkschaftliche, die andere Hälfte politische Arbeitervereine vertraten...

Über die Wichtigkeit des Schlussbündnisses kann man streiten, ich möchte es wenigstens nicht ein für allemal unterschreiben. Die Vorderfrage aber sind unbedingt richtig, und ihr Gewicht ist vollaus ausreichend, den gefassten Beschluß zu reifertigen.

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

145

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Dagmar konnte eingehen auf die naturalistische Dichtung, sofern sie schön blieb; Gram fragte, ob sie Kapitän (Moin) als etwas Schönes dargestellt sehen möchte. Nein, natürlich... das war etwas Anderes. Im Ganzen liebte sie unsere norwegische Dichtung...

wenn es Bücher in die Hand bekäme, die ihm sagten, wie das Weib wirklich ist und was das Weib unter den und den gegebenen Umständen wirklich zu erreichen vermag... Aber behüte, es ist klar, daß die Damen galante Dichter den ungalanten vorziehen! Wenn solch ein gewöhnliches Hühnergehirn unsere berühmte norwegische Literatur liest...

Die ganze Frauensache wurde affektirt und langweilig, behauptete er, weil sie auf dieser schönen Literatur mit den vielen Idealen sich aufbaute. Es konnte doch kein sterblicher Mensch sich für eine Sammlung Moras u. dergl. m. interessieren! — Dagmar meinte, daß vermuthlich auch andere Dinge Herrn Grams Unwillen gegen die Frauensache weckten; Herr Gram wird z. B. wohl nur ungern unsere Gleichgültigkeit anerkennen? — „Nein, zum Dente; die anerkenne ich nicht!“ — Alle lachten; nur Janny sah still; sie war betrübt. Er erklärte seine Worte; was man auch vom Gehirn des Weibes sagen wollte, so hatte der Schöpfer es doch so geordnet, daß die Frau drei Tage in jedem Monat abnorm war, was wir nicht waren, und jedes zweite Jahr neun Monate lang abnorm, was wir auch nicht waren...

— „Aengstlich?“ sagte Gram. „Alle Thüren auf und alle Schranken weg; das ist nicht gefährlich; die weiblichen Studenten heirathen lang, ehe sie die Beamtenprüfung machen!“ — Dagmar erröthete; Janny erinnerte sich eines Gerüchtes, welches sie nicht hatte glauben mögen —: daß Dagmar nämlich in der Stille verlobt sei. „Ueberdies“, fuhr Gram fort, „wenn es wirklich ein Weib geben sollte, die mehr dazu taugt, Professor als verheirathet zu sein, so laß sie in Gottes Namen Professor werden! Allein die Frauenbewegung geht von dem Standpunkt aus, daß das Weib haupt Professor sein soll, und das ist Literatur... Nicht genug davon, daß wir Männer zu Junggefellern und Egoisten erzogen werden und uns selbst genug sind und zum Teufel gehen; nun soll das Weib den gleichen Weg! Die Ehe gilt im „Frauenverein“ für eine Versorgungsanstalt; das Weib hat keinen anderen Grund zum Heirathen; also — nur eine Fräuleinversorgung schaffen für so viele als möglich... Hätten die Dichter die Wahrheit gesagt, nämlich, daß das Weib so gut als der Mann nicht bloß eine Versorgung braucht, sondern auch Liebe, und zwar nicht bloß die seine Liebe, die in den Büchern gestattet ist... Aber das ist eine der Menschlichkeiten, von denen die Poeten schweigen! Natürlich glauben dann die jungen Mädchen, es sei etwas Abscheuliches und Unweibliches, dieser gesunde, heiße Drang im Blut nach der Umarmung eines Mannes.“

Dagmar hatte sich ganz zu Selva hingezogen und sprach mit ihr halblaut über das letzte Buch von Björnson. Janny hatte die Augen ganz geschlossen. Das war's also —! So hing es zusammen! Dies Entschliche, das sie gequält hatte wie ein heimliches Schandmal, der böse Geist, den sie mit Angst und Thränen zu vertreiben gesucht, — es war kein böser Geist, und war kein Schandmal; es war etwas

1) Siehe Ibsen's „Gespenster“. 2) Siehe Ibsen's „Brand“. 3) E. Björnson's „Leonarda“. 4) E. Björnson's „Komödie der Liebe“. 5) E. Björnson's „Dankshy“.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

88. Sitzung vom 20. Februar. 11 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Miquel und Kommissarien. Das Haus setzt die zweite Beratung der Einkommensteuer-Vorlage mit dem Abschnitt 5 fort, welcher die Rechtsmittel gegen die Veranlagung betrifft. §§ 40 ff. behandeln zunächst die Berufung. §§ 40, 41 und 42 werden debattiert genehmigt.

§ 43 betrifft die Entscheidungen der Berufungs-Kommission. Die Kommission hat hier diejenigen Bestimmungen der Regierungsvorlage gestrichen, wonach die Berufungs-Kommission auf die Berufung des Jenfites beim Mangel anderer Beweismittel, vom Jenfite die eidstattliche Versicherung verlangen kann.

Der Abg. Schlaby (fr.) beantragte, diese Bestimmung wieder herzustellen und zugleich den Eidzwang auch auf die Fälle auszudehnen, wo der Kommissionsvorsitzende die Berufung eingeleitet hat.

Reg.-Kommissar Geh. Finanzrath Wallach bittet, nur die Regierungsvorlage herzustellen, den weitergehenden Antrag Schlaby aber abzulehnen.

Abg. Frein (Zentr.) bekämpft den Antrag Schlaby im ganzen und verteidigt die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. v. Buch (kons.) empfiehlt die Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Der darin geordnete Eid verstößt in keiner Weise gegen die bisher bestehenden Einrichtungen; nur der über die Regierungsvorlage hinausgehende Theil des Antrages Schlaby ist bedenklich; er öffnet dem Mißbrauche der eidlichen Versicherung Thür und Thor.

Abg. Frhr. v. Jedlig-Neukirch (fr.): Wenn man die eidliche Versicherung auf den Antrag des Einschätzungs-Vorstandes nicht zuläßt, so gefährdet man damit die Sicherheit der Einschätzung in erheblichem Maße. Dem unredlichen Deklaranten gegenüber ist gerade dieser Eid das einzige Mittel, ihn zu der nöthigen Gewissenhaftigkeit zu zwingen.

Abg. Dr. Enneccerus (nat.) empfiehlt unveränderte Annahme der Kommissionsvorlage. Der Jenfit, welcher deklarirt hat, und nun noch seine Angaben beschwören soll, kommt dabei in eine ganz abschreckende Lage und wird lieber höhere Steuer zahlen, als solchen Eid leisten, der ein Mißtrauen gegen die Ehrlichkeit des Deklaranten bezeugt.

Abg. Dr. Windthorst (Zentr.): Die Nothwendigkeit, die Eidesleistungen einzuschränken, wird von allen Juristen anerkannt. Von den gegenwärtig alljährlich geleisteten 4000 Manifestations-eiden hält man nur 5 pct. für wahrheitsgemäß, die übrigen nicht. (Hört! hört!) Den Eid soll man nicht profanieren. Wenn man die Deklaration eines Jenfites angezweifelt, so wird dieser dadurch stigmatisirt, durch den Eid wird die Deklaration unelddlich. Wenn in anderen Staaten wirklich die Eidesleistung befehligt, so zeigen wir, daß wir solche Einrichtungen nicht wünschen; denn sie ist der Ausdruck einer weitgehenden Steuerleidenschaft. Dieser Eid gleicht dem Reinigungseid des Angeklagten, den doch niemand mehr für zulässig halten wird. Die Anrufung des Namens Gottes in Steuerfällen dürfen wir nicht zulassen.

Generalsteuer-Direktor Burghart: Der Eid in Steuerfällen gleicht nicht dem Reinigungseid, sondern höchstens dem Erfüllungseide. Sie nehmen mit diesem Eide der Regierung ein wichtiges Mittel um die Wahrheit zu ergründen. Das mit diesem Eide leichtfertig umgegangen wurde, ist nicht zu fürchten, denn er kann erst erfordern werden, nachdem die Schwere-Kommission sich berathen hat über die Nothwendigkeit des Eides.

Der Abg. Frhr. v. Jedlig (fr.) zieht hierauf den über die Regierungsvorlage hinausgehenden Theil des Antrages Schlaby zurück.

Nachdem der Abg. Dr. Windthorst sich auch gegen den noch verbleibenden Rest des Antrages ausgesprochen (die Anrufung des Namens Gottes gehöre nicht in die Steuerveranlagung) wird bei der Abstimmung der Antrag Schlaby abgelehnt und die Kommissionsvorlage unverändert angenommen.

§ 45 enthält die Bestimmung, daß gegen die Entscheidung der Berufungskommission die Beschwerde an den Steuergerichtshof zulässig ist.

Von dem Abg. Dr. Gneiß (nl.) ist beantragt, an die Stelle des neuerrichtenden Steuergerichtshofes das bestehende Ober-Verwaltungsgericht zu setzen.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag in längerer Rede. Gegen die neue Einrichtung sprechen zunächst zahlreiche und wichtige formelle Gründe; man wisse nicht, wie der Gang des Verfahrens geregelt sein werde. Ueber die Behandlung der außergerichtlichen Kosten herrsche Unklarheit. Die Bildung von Sonderbehörden empfehle sich nicht. Das Ober-Verwaltungsgericht bestreite seit fünfzehn Jahren in geregelter Thätigkeit auch gerichtliche Funktionen. Wenn es nöthig sei, sachverständige Mitglieder für einen Steuergerichtshof zu finden, so werde es schwer sein, sachverständigere zu finden, als in einem seit 15 Jahren eingesetzten Kollegium.

Min. v. Dr. Miquel: Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit zwischen dem Antragsteller und der Regierung besteht nicht. Bei dem Steuergerichtshof ist die möglichste Garantie für die Unabhängigkeit der Richter gegeben, genau in demselben Maße, wie bei den Verwaltungsgerichten. Ich erkläre, daß die Regierung bei der Idee eines besonderen Steuergerichtshofes in keiner Weise von einem Mißtrauen gegen das Ober-Verwaltungsgericht geleitet worden ist. Es waren lediglich Zweckmäßigkeitsgründe, welche die Regierung hierbei leiteten. Wenn in dem Steuergerichtshof nur Leute sitzen, die ausschließlich das Studium der Steuerfache zu ihrer Aufgabe machen, so gewähren diese eine bessere Garantie für die Zweckmäßigkeit und Einseitigkeit der ergehenden Entscheidungen, als die oftmals in ihrer Zusammensetzung wechselnden Senate des Ober-Verwaltungsgerichts. Die Annahme des Antrages Gneiß würde zu einer vollständigen Umgestaltung des Ober-Verwaltungsgerichts führen; denn dieses würde durch die Verdrängung in Steuerfällen zu sehr überlastet werden, und eine anderweitige Gestaltung nöthig machen. Im übrigen gilt für die Staatsregierung von diesem Antrage, was ich früher schon sagte: In dubio libertas.

Abg. v. Meyer-Andwalde (wld-kons.) verweist auf die Verweigerung der verschiedenen Verwaltungsbehörden und Gerichte seit 1872. Die Verweigerung der Schreiber und der Beamten nehme überhand. Das Ober-Verwaltungsgericht sei ausreichend und auch völlig zuverlässig in Steuerfällen, die ja doch alle an einen besonderen Senat kommen würden.

Abg. Dr. Krause (nat.) befragt ebenfalls den Antrag Gneiß. Das Ober-Verwaltungsgericht habe sich schon gegenwärtig in Steuerfällen gut bewährt, trotz der sehr mangelhaften gegenwärtig geltenden Gesetze; in Zukunft wird die Aufgabe für die Steuerrechtsprechung erheblich einfacher sich gestalten.

Abg. v. Kundell (fr.) erklärt sich für den Antrag des Abg. v. Gneiß. Die Begründung der Vorlage giebt keine Antwort auf die Fragen, weshalb man an Ober-Verwaltungsgericht vorübergehen ist. Thatsächlich sind bei diesem Gericht sehr wenige Veränderungen vorgekommen, nur dann, wenn neue Senate gegründet wurden.

Abg. Graf Limburg-Sturum (kons.) spricht seine Vermun-

derung aus, daß die Regierung die Idee des Steuer-Gerichtshofes aufgibt, ohne von der öffentlichen Meinung dazu gedrängt zu sein. (Sehr wahr!) Aus praktischen Gründen sei zu empfehlen, an der Vorlage festzuhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Niderst (fr.) ist erfreut, daß die Mehrheit für den Antrag Gneiß gestimmt erscheint. Niderst wird ebenfalls für den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Windthorst (Z.) wird für den Antrag Gneiß stimmen aus den Gründen, die der Antragsteller entwickelt hat. Bei der Abstimmung wird der Antrag v. Gneiß gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, und in der dadurch bedingten Fassung der § 44 der Vorlage.

Durch die Annahme dieses Antrages werden die §§ 45 und 46 erledigt, welche nur Einzelbestimmungen über die Einrichtung des (abgelehnten) Steuergerichtshofes enthalten. Die §§ 47 bis 67 werden debattiert nach den Kommissionsbeschlüssen erledigt.

Es folgt Abschnitt VII.: Strafbestimmungen (§§ 68-72). Zu § 68 wird ein Antrag des Abg. F. M. Wallach, das Minimum der Geldstrafen von 20 M. zu bestreiten (statt „20 bis 100 M.“ Strafe solle es heißen „bis 100 M.“), abgelehnt, dagegen einige von ihm beantragte redaktionelle Änderungen angenommen.

Nach § 71 sollen die bei der Steuerveranlagung beteiligten Beamten und Kommissionsmitglieder, welche die zu ihrer Kenntniß gelangten Einkommensverhältnisse eines Steuerpflichtigen offenbaren, mit Geldstrafen bis 1500 M. bzw. mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden. Die Strafverfolgung soll nach der Regierungsvorlage auf Antrag der Regierung eintreten. Die Kommission hat beschloffen, daß auch der betroffene Steuerpflichtige den Antrag auf Verfolgung stellen kann.

Abg. von Tiedemann-Bomst (fr.) beantragt, daß die Verfolgung nur auf Antrag der Bezirksregierung eintreten soll; sie muß erfolgen, insofern der durch die Verletzung des Geheimnisses betreffende Steuerpflichtige dieselbe unter Verletzung des Sachverhalts beansprucht und nicht Rücksichten des öffentlichen Wohls entgegenstehen. Es müßte für die Mitglieder der Veranlagungskommission ein gewisser Schutz gegen übermäßige Angriffe gegeben werden. Der Antrag entsprach den Beschlüssen der Gewerbesteuer-Kommission.

Scheimer Finanzrath Wallach empfiehlt ebenfalls den Antrag des Herrn v. Tiedemann.

Abg. von Duene (Z.): Die Steuerpflichtigen müssen gerade Angesichts der Deklaration einen Schutz haben gegen Offenbarung ihrer Geheimnisse. Wenn die Gewerbesteuer-Kommission anders beschloffen hat, so wird es sich empfehlen, diesen Beschluß später umzuändern.

Abg. Höppler (L.) empfiehlt den Antrag des Abgeordneten von Tiedemann, der eine Verbesserung der Kommissions-Vorlage sei.

Abg. Enneccerus (nl.) hat Bedenken gegen die Schlussworte des Antrages „und nicht Rücksichten des öffentlichen Wohles entgegenstehen“.

Finanzminister Miquel: Die Streichung dieser Worte würde die Bezirksregierung zwingen, auch wenn sie die Verfolgung nicht für berechtigt hält, die Verfolgung eintreten zu lassen.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (fr.): Die Streichung der Worte würde die Kommissions-Mitglieder vogelfrei machen; unter solchen Verhältnissen würde ich mich niemals entschließen, Mitglied einer Kommission zu werden.

Abg. v. Duene: Herr v. Tiedemann wird niemals Mittheilungen von seinen Kenntnissen machen; eine ungerechtfertigte Anklage gegen ihn werden die Gerichte zurückweisen. Gegen ungerechtfertigte Anklagen ist überhaupt Niemand geschützt.

Abg. v. Tiedemann: Eine absichtliche Indiskretion würde ich nicht begehen; aber es könnte eine Aeußerung fallen, die so aussieht, und sich gegen einen solchen Vorwurf verteidigen, ist nicht angenehm.

Finanzminister Miquel: Die Dinge lassen sich nicht konkret bezeichnen. Es können Nachrichten austauschen, die sich dann nachher vergrößern, wie das bei Gerüchten zu geben pflegt. Wenn solche Nachrichten verbreitet werden, wie z. B. heute, wo die preussische Kasse gezeichnet wird, an der Börse das abschreckende Gerücht verbreitet war, daß Se. Maj. der Kaiser schwer erkrankt sei (hört!), so bleibt doch schließlich Jemand daran hängen. Um in solchen Fällen eine genaue Untersuchung eintreten zu lassen, ist der Antrag Tiedemann erwünscht.

§ 71 wird unter Ablehnung des Antrages v. Tiedemann nach dem Antrage der Kommission angenommen, ebenso § 72, welcher von der Beitreibung der Geldstrafen handelt und Abschnitt VIII.: Kosten (§§ 73-76).

Der Abschnitt IX.: Veranlagung zu den Kommunalabgaben sowie Regelung des Wahlrechts (§§ 77-79), wird ausgeführt, weil ein hierauf bezüglicher Antrag Bachem von der Einkommensteuer-Kommission berathen wird; der Bericht dieser Kommission soll erst abgewartet werden. Ueber die Frage, ob über die Schlussbestimmungen, darunter die §§ 84 bis 85, wegen der Vermeidung der Mehrerträge aus diesem Gesetze, sofort weiter beraten oder ein 2. Sitzungstag gelassen werden soll, damit die Praktiker Zeit haben, sich über die Anträge, die in großer Anzahl vorliegen, schlüssig zu machen, entspringt sich eine Geschäftsordnungs-Debatte, welche damit schließt, daß die nächste Sitzung erst am Sonnabend, 1 Uhr, beginnen soll und zwar soll die Beratung des Einkommensteuergesetzes unter Aussetzung der Bestimmungen über das Wahlrecht fortgesetzt werden.

Schluß 3/4 Uhr.

Soziale Uebersicht.

Eine „patriotische“ Arbeitergeschichte aus den Reichsländern. Aus dem Land-Armenhause zu Trier erhalten wir ein umfangreiches Schreiben von einem dort untergebrachten ehemaligen Kellner und preussischen Soldaten, dessen Handschrift ein hohes, aber für uns bezeichnendes Maß von nervöser Erregung verräth, dessen strenge Wahrheitsliebe aber aus jeder Zeile hervorleuchtet und dessen wesentlichen Inhalt mitzutheilen wir deshalb kein Bedenken tragen:

Ich heiße Franz Jakob W., am 20. August 1829 zu Bad B., Kreis Cochem, Reg.-Bezirk Koblenz geboren; vom 14.-21. Jahre Kellner, genügte ich meiner Militärpflicht vom 1. Oktober bis dahin 1852. Später war ich wieder Kellner und ging dann nach Frankreich, um die französische Sprache zu erlernen. Zwei Tage nach der Kriegserklärung 1870 verließ ich Paris, weil mein Patriotismus — heute habe ich Zeit, ruhig über denselben nachzudenken — mich, den 41jährigen Mann, zu den Fahnen trieb. Am 21. Juli trat ich in das Bataillon Newwied Nr. 29 ein, bei dem ich bis 21. Juni 1871 verblieb und dann entlassen wurde. Ich ging dann nach Paris, wo ich noch einige Geldangelegenheiten abzumachen hatte und kam dann, nach kurzen Aufenthalten in Italien und der Schweiz, im Herbst 1873 nach Straßburg, wo ich Anfangs bei der Stadt-erweiterung Beschäftigung fand, um später in der Artillerie-Verwaltung einzutreten. Dort wurde ich im Fe-

bruar 1878, als die Arbeit zu Ende ging, mit vielen Anderen entlassen. Ich fand dann Beschäftigung bei der Firma v. K. Hier hatte ich das Unglück, bei der Arbeit drei Mal tief herunter zu stürzen. Ich war nie krank gewesen, hatte eine eiserne Gesundheit; bei jenem Unfall aber hatte ich mir eine Verletzung am Genick und am Rückgrat zugezogen. Nach 14 tägigem Kranklager wurde ich entlassen und arbeitete dann bei der Firma H. u. K. Hier floh mir Kalk beim Röhren ins rechte Auge; ich mußte 7 Wochen in der Straßburger Universitätsklinik zubringen. Als ich entlassen wurde, warnte mich der Arzt, mich vor Staub zu hüten; aber ohne Staub konnte ich nicht arbeiten und ohne Arbeit nicht leben; ich versuchte den Betrieb des Hausirgeräthes, aber ich hatte kein Talent dazu. Ich ging von Düsseldorf nach Köln zu Fuß, überzeugte mich aber, daß ich große Zustouren nicht machen konnte. In Köln mußte ich ins Spital und mich dort einer Operation unterwerfen, die an der linken Hüfte vorgenommen wurde und die sieben Wochen Zeit zur Heilung erforderte. Ich kehrte nach Straßburg zurück, fand aber keine genügende Beschäftigung und mußte den Armenverein belästigen; aber da kam ich schon an! Ein Herr Rathieu sagte mir, daß ich nur nach Deutschland, meiner Heimath, gehen sollte; in Straßburg hätte ich keine Ansprüche zu machen. In der Straßburger Nervenklinik, wo ich mich 21 Monate befand, wurde mir mitgetheilt, daß ich in das Land-Armenhaus in Trier überführt werden sollte. Ich bin jetzt 61 Jahre alt, aber geistesfrisch und nicht gefonnen, mich einschließen zu lassen. Trotzdem wurde ich nach dem Land-Armenhause in Trier übergeführt. Am 9. Februar ließ mich der Anstaltsarzt ruhen und fragte mich, was ich noch arbeiten könnte. Ich kann nur noch ein bißchen am Stod gehen. Der Arzt sagte mir dann, die Landesdirektion habe angeordnet, ich sollte zu einer Beschäftigung nach Brauweiler, eine Anstalt für Arbeitschwehe, gebracht werden. —

Wir lassen die leidenschaftlichen Ergüsse eines durch körperliche Unfälle gepöbelten Gemüthes fort, die sich an diese Schilderungen knüpfen.

Nach einem Leben voll Mühe, Arbeit und Kriegsdienst, im Alter körperliche Unfälle und schließlich Aufenthalt im Vandalen-, vielleicht im Arbeitshause, das ist ein Arbeiterlebensbild aus den Reichsländern. Einige Mittheilungen über angeblichen Deutsches, der dortigen einflussreichen Personen zum Vorwurf gemacht wird, haben wir fortgelassen, weil wir im Ganzen den Eindruck haben, daß es sich in diesem Falle vielmehr um Gleichgültigkeit gegen das Schicksal eines Arbeiters, als um nationale Eifersüchteleien handelt, obwohl es ja möglich ist, daß auch diese dabei in Betracht gekommen sein mögen.

Versammlungen.

Die Arbeiter-Bildungsschule

hielt am 18. Februar eine von ca. 1500 Personen besuchte Versammlung im Lokale des Herrn Joel ab. Der Saal wurde um ca. 8 Uhr polizeilicherseits wegen Ueberfüllung geschlossen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Bloss über „Maximilian Robespierre als Mensch und Staatsmann“. Der Referent führte ungefähr folgendes aus: „Robespierre ist diejenige Person aus der großen französischen Revolution, der von unserem Bürgerthum alle Schuld an den Greueln, welche die Revolution mit sich brachte, zugeschoben wird. Unserer Meinung nach ist es ein Unbegriff, wenn man die Verantwortlichkeit für diese Vorkommnisse einer einzigen Person zuschieben will. Robespierre war von Natur aus durchaus nicht der Schreckensmensch, für den er verschrien wird. Sein späteres Handeln ward durch die veränderten Verhältnisse bedingt, er wurde, was er unter diesen Verhältnissen werden mußte. Er stammte aus einer armen adeligen Familie, wurde Advokat und gelangte als solcher zu ziemlichem Ansehen in seiner Geburtsstadt Arras. Er trug sich hier durchaus nicht mit hochfliegenden Plänen. Er besaß eine gute Praxis, wurde theilweise vom Glück begünstigt und es hatte den Anschein, als werde er dereinst ein begabtes Bürgerleben führen. Aus Nachlässigkeit aus jener Zeit erweist man, daß er keineswegs ein trostiger, finsterner und mairischer, sondern im Gegentheil ein lustiger Mensch war, der wohl geneigt, lustige Streiche mitzumachen. Da kamen die Ereignisse von 1789 und rissen Robespierre aus seiner idyllischen Existenz in die Revolution hinein; seine Vaterstadt wählte ihn in die Nationalversammlung, welche die Aufgabe hatte, die großen Defizite zu decken und die neue Verfassung auszuarbeiten. Im Anfang spielte er hier keine große Rolle, wurde, wie man aus den Berichten über die Verhandlungen erseht, vielfach bei seinen in großer Menge gehaltenen Reden ausgelacht, was bei der Zusammensetzung der Versammlung nicht zu verwundern war. Die äußerste Linke, der er angehörte, bestand aus nur 30 Personen; ihr standen bei ihrem Streben nach einer demokratischer eingerichteten Verfassung, wie die konservative und die liberal-konstitutionelle Partei sie schaffen wollten, insgesamt 700 Anhänger dieser Parteien gegenüber; ihr Stand war also ein sehr schwerer. Je weniger die Redner der Linken in der Nationalversammlung beachtet wurden, je mehr Beachtung fanden sie außerhalb derselben; Robespierre war bald in Arras die populärste Person. Er war der einzige, welcher voraussah, daß mit dieser Nationalversammlung die Revolution noch nicht beendet war, daß bewies der Antrag, den er in der Versammlung durchbrachte, daß kein Mitglied dieser Versammlung in die nächste Nationalversammlung gewählt werden dürfe. — Wenn man auch Einzelnes, so die Erklärung der Menschenrechte, nicht unterschätzen darf, so muß man doch sagen, diese Nationalversammlung hat sehr wenig geleistet. — Später in die dritte Nationalversammlung, den sogenannten Nationalkonvent, von der Stadt Paris gewählt, war Robespierre bald neben Danton und Marat einer der Führer der Linken, der sogenannten Bergpartei. Den Theil seines Lebens, welcher in die Zeit zwischen seiner Thätigkeit als Mitglied der ersten und dritten Nationalversammlung fällt, kann man als seine beste Zeit bezeichnen. Seine Fähigkeit als Politiker gelangte zur vollen Geltung, und er war noch ein Mann von milden Sitten; den fanatischen Haß gegen seine Gegner, der sich später bei ihm bemerkbar machte, kannte er noch nicht. — Jetzt im Konvent bestand seine Hauptthätigkeit im Kampf gegen die Girondisten. Es war das die Partei, welche das bessere Bürgerthum vertrat, während die Bergpartei die der Kleinbürger und der niederen Proletariat war. Es gelang Robespierre ja denn auch, die Girondisten zu befeitigen. Seine schwächste Seite war sein ökonomisches Wissen. Mit ökonomischen Problemen beschäftigte er sich gar nicht. Ueberhaupt war die Beschäftigung mit dergleichen Problemen das Schwächste an der ganzen Revolution. Um die große Noth zu lindern, wurde sehr wenig gethan. — Hauptbeschäftigung der Regierung wurde es auf der einen Seite, recht viel Papiergeld drucken zu lassen; auf der andern, für die Befestigung der „Vochverräther“ Sorge zu tragen. Es wurde das Revolutionstribunal geschaffen. Von wem irgend angenommen werden konnte, er sei ein Verräther, der wurde vor dasselbe gebracht und hingerichtet. Mit diesen Mitteln arbeitete jetzt Robespierre; er war vollständig durch die Verhältnisse, welche ein solches Thun gewissermaßen bedingten, umgewandelt. Er machte es sich auch zur Aufgabe, um die anderen Parteien

unerschütterlich zu machen, die Führer derselben zu befestigen. Hierbei verfuhr er in einer Weise, die man demagogisch nennen kann. Diese Mißbräuche waren es, welche wohl am meisten dazu mit beigetragen haben, den Sturz der Republik herbei zu führen. Am wenigsten waren mit dem Schreckenregiment die Arbeiter zufrieden. — Die Partei, welche das Meiste gethan, um die große Noth etwas zu lindern, war die der alten Kommune, waren die Hubertisten. Sie wurden von Kobespierre gehaßt, weil sie Untheilhaber waren. Er selbst war der Meinung, der arme Mann müsse eine Religion haben, um sich über das traurige Erdendasein fortzudrücken zu können; der Altheismus sei etwas Aristokratisches. Diese Hubertisten zu vernichten, kostete Kobespierre große Mühe, er ließ ihnen darum einfach einen ordinären Leuzdenz-projekt machen. Hierdurch erreichte er den Unwillen der Bevölkerung. Nachdem er auch Danton beseitigen lassen und Marat ermordet worden war, war Kobespierre der alleinige Herrscher von Frankreich und übte während vierer Monate von April bis Juli 1794, wahre Diktatur aus. Die Verhältnisse hatten eine nie dagewesene Unsicherheit geschaffen, in jedem dritten sah man einen Gegner, es herrschte eine fieberhafte Erregung, Niemand war davor sicher, als Herrscher behandelt zu werden. In der Nacht Kobespierres hätte es gelegen, die Uebelthäter einzunehmen zu befehlen; er hätte das Schreckenssystem beschränkt und die große Noth lindern können. Statt dessen führte er an Stelle des Kultus der Vernunft, den Kultus des höchsten Lebens ein. Es entstanden Zwistigkeiten im Schoße der Regierung selbst. Eine Verhöhnung wurde gegen ihn angezettelt und er, nachdem er versucht, dieselbe anzugehen, am 27. Juli 1794 verhaftet und am 28. Juli hingerichtet. Hierdurch war mit einem Male die ganze Versammlung vernichtet, es trat eine kolossale Reaktion ein. Aus diesem Verlauf der Dinge sieht man, daß es sich, will man eine Reformirung einer Gesellschaft an Haupt und Gliedern derselben vornehmen, nicht bloß um die Anstellung politischer Grundröße handelt, sondern wesentlich um ein in Betrachtziehen der ökonomischen Verhältnisse. Wir müssen die Vergangenheit studiren, da sie uns die Erkenntniß der Gegenwart erleichtert. Wollen wir die Gegenwart verstehen, müssen wir uns um die Vergangenheit kümmern. (Stürmischer Beifall.) Nach Erledigung einer Reihe von Anregungen und Fragen wurde die Versammlung mit einem draufenden Hoch auf den Verein und auf den Abgeordneten Bloß geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter sämtlicher Branchen von Berlin und Umgegend, die bei über 2000 Kollegen anwesend waren, tagte am Montag, den 16. Februar unter dem Vorsitz des Kollegen Behold. Zu Punkt 1 der Tagesordnung, die Reorganisation der Berliner Metallarbeiter-Organisation nach den Beschlüssen des Provinzial-Delegiertentages, ergriff zunächst Kollege Gerisch das Wort und führte aus:

Wie schon die Tagesordnung besagt, ist die heutige Versammlung einberufen worden, um für Berlin der Verwirklichung der auf dem Delegiertentag der Provinzen Brandenburg und Pommern gefaßten Beschlüsse näher zu treten, den Beschlüssen einer Versammlung, bei welcher alle Metallarbeiter, speziell die Berliner, so einmüthig waren, wie nie zuvor. Die Erfahrungen, welche wir in den letzten Jahren gemacht hatten, haben uns gelehrt, daß alle jene kleinen Zwistigkeiten und Mißbilligkeiten zwischen den Vertretern der verschiedenen Richtungen unserer Gegner die gefährlichste Waffe in die Hand geben, sie haben uns gezeigt, daß wir nur durch Einigkeit und festes Zusammenhalten etwas erreichen können. Als der schwere Sturm des Sozialistengesetzes über die gesamte Arbeiterchaft hinwegbrause und alle Anlässe zur Bildung großer Gewerkschaften mit einem Schläge hinwegfegte, da war es natürlich, daß jede Branche sich nach Möglichkeit unter einander zu organisiren suchte. Man erinnerte sich daran, daß es in die Hand der Behörden gegeben sei, mit einem einzigen Fieberfieber die großen Vereinigungen aufzulösen und so das Werk langjähriger Arbeit zu vernichten, und man hielt es deshalb für das Beste, möglichst viele Vereine zu gründen, damit der eine noch bestesse, wenn der andere aufgelöst sei. Zudem glaubte man auch, daß man zunächst die speziellen Branchengenoßen aus ihrer Verbannung, ihrem Indifferentismus aufzurütteln habe, ehe der große Bau begonnen werden könne. Unter diesen drückenden Verhältnissen haben wir länger als ein Jahrgehnt gelebt. Heute ist das Sozialistengesetz geschwunden; mit der zurückgegebenen Freiheit ist auch der Muth zu großen Versuchen wieder erwacht, und man sucht nachzuholen, was man gegungener Weise veräumt hat. Die letzten Jahre haben einem jeden, der den Gang der Verhältnisse mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat, die Ueberzeugung angebracht, daß wir vereint nichts zu erreichen, am wenigsten dem Ansturm des organisierten Kapitals entgegenzutreten vermögen. Auf diesem Gebiete können wir von dem Kapitalismus lernen. Die Kapitalisten sind uns mit gutem Beispiel vorangegangen; sie haben es verstanden, ihre kleinen Differenzen bei Seite zu lassen und sich über Privatinteressen des großen, gemeinsamen Interesses wegen voll und ganz hinwegzusetzen. Wenn deshalb heute die Frage an uns herantritt, wie wir Besserung schaffen, wie wir uns organisiren sollen, so müssen wir uns hierbei unbedingt nach den Beschlüssen der Delegiertentage richten und in deren Rahmen wirken. Denn stets müssen wir im Auge behalten, daß uns durch das Vereinsgesetz enge Schranken gezogen sind, und daß wir die Macht dieses Gesetzes nur vernützen können, wenn wir uns alle der Sache unterordnen. Darum wollen wir arbeiten, daß der Geist der Zusammengehörigkeit unter der Arbeiterchaft immer mehr und mehr erstarkt. Es ist hohe Zeit, endlich einmal Hand an Werk zu legen, und besonders in Berlin ist es geboten, eine allgemeine Vereinigung zu wählen, damit wir als eine große, mächtige, starke Organisation den Kampf mit dem hiesigen Unternehmertum erfolgreich aufnehmen können. (Beifall.)

Hierauf erhielt Kollege Köpfen das Wort und bemerkte in längerer Rede:

Kollege Gerisch hatte vollkommen Recht, wenn er uns unseren größten Feind, das Kapital, als nachahmenswerthes Beispiel vor Augen führte. Die Organisation des Kapitals ist zu einer geradezu fürchterlichen Stärke angeschwollen, und die Kapitalisten sind nicht davor zurückgeschreckt, sogar die Innungen, die sie früher aufs heftigste bekämpften, in ihren Verband hinein zu ziehen. Es ist aber eine unleugbare Thatsache, daß gerade unter der Arbeiterchaft noch eine Klassifikation besteht, die dem Geheiß des Ganzen außerordentlich hinderlich ist. Die Arbeiter sollten bedenken, wie schnell die moderne Technik fortschreitet, daß morgen schon zu den gewöhnlichen Arbeitern gehören kann, wer sich heute noch etwas besser dünkt. Nur geschlossen dürfen wir gegen das organisierte Kapital gehen. Aber nicht nach Branchen dürfen wir uns organisiren, nein! unsere Organisation muß alle Arbeiter der Metallindustrie umfassen, denn in den Fabriken ist nicht eine Branche allein ausschlaggebend, sondern ein Arbeiter der anderen in die Hand. Für uns muß das Sprichwort maßgebend sein: „Gleiche Brüder, gleiche Kapfen!“ Nie und nimmer werden die Branchen vereinigt etwas ausrichten, am wenigsten aber durch Streiks, die für gewöhnlich schon begraben sind, ehe sie begonnen haben. Und wenn wirklich ein partieller Streik ausbricht, so ist es nur in den wenigsten Fällen möglich, die erforderlichen Mittel aus der betreffenden Branche auszubringen, sondern stets muß an das Solidaritätsgefühl der ganzen Arbeiterchaft appellirt werden. Mit Rücksicht auf diese Thatsache ist es absolut geboten, die Brancheneinigungen aufzugeben, und wenigstens sämtliche Branchen eines Industriezweiges durch eine einzige Organisation zu vereinigen. Gewiß wird es unser Streben sein müssen, die Arbeiter aller Industriezweige dereinst zu vereinigen; Augenblicklich ist das aber noch nicht möglich. Was aber erreicht werden kann, das muß auch erstrebt werden, und unsere Aufgabe ist es deshalb, einen großen Metallarbeiter-Verband zu gründen, der vorläufig sämtliche Arbeiter der

Metallindustrie Berlin umschließt. Wie Marx einst rief: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! so rufen wir jetzt: Metallarbeiter Berlin, vereinigt Euch! Wir spielen nicht va banque, sondern kämpfen für unser gutes Recht. Der Zeitpunkt ist günstig, nun dann vorwärts; drauf und dran! (Beifall.)

In der Diskussion sprachen die Kollegen Redner, Bernis, Vorreiter, Stabernad, ein Dreher, Knapp in Sinne der beiden Repräsentanten. Einige Redner wollten sogar sofort eine allgemeine Arbeitervereinigung eingeführt wissen; doch wurde ihnen entgegengehalten, daß die Durchführung einer solchen Vereinigung vorläufig noch nicht möglich sei. Der Vorsitzende forderte wiederholt die Kollegen, welche gegen die geplante Verharmlosung aller Branchen der Metallindustrie etwas einzuwenden hätten, auf, sich zum Wort zu melden. Es fand sich jedoch kein Gegner, und es wurde von der Versammlung beschlossen, die Vereinigung ins Werk zu setzen. — Folgende Resolution wurde gegen zwei Stimmen angenommen:

Die Versammlung macht die, auf dem Delegiertentag der Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg und Pommern angenommene Resolution, welche besagt, daß die vorhandenen Formen der Fachorganisationen den Anforderungen unserer Zeit nicht mehr genügen, zu der ihrigen und erklärt sich daher mit der Schaffung einer Reorganisation für die Berliner Metallarbeiter auf folgender, allgemeiner Grundlage einverstanden:

a) Bildung eines zentralen Vereins, dem alle Metallarbeiter ohne Unterschied der Branchen angehören, mit einem für alle Metallarbeiter gemeinsamen Arbeitsnachweis, einer zeitgemäßen Herberge, gleichmäßiger Reise-Unterstützung, sowie gemeinsamer Bibliothek.

b) Außer den Generalversammlungen des Vereins finden, soweit es möglich ist, noch wöchentlich Versammlungen in der Weise statt, daß die verschiedenen Stadtviertel gleichmäßig berücksichtigt werden, wie auch in der Reihenfolge der Tage, an denen, und der Lokale, in welchen die Versammlungen abgehalten werden, eine möglichst gleiche Ordnung eingehalten ist. Diese allwöchentlich abzuhaltenen Versammlungen haben zugleich den Charakter beschließender Versammlungen.

c) Zur Betreibung einer regen Agitation unter den noch unorganisierten Gewerkschaften, sowie zur Beförderung spezieller Angelegenheiten empfiehlt es sich, innerhalb noch näher zu bestimmender Zwischenräumen Branchenversammlungen abzuhalten. Die Ergebnisse der in diesen Versammlungen gepflogenen Erörterungen dürfen jedoch nur in der Form von Resolutionen niedergelegt und müssen der Hauptversammlung zur Bestätigung unterbreitet werden.

d) Der Vorstand besteht aus einem 1. und 2. Vorsitzenden, 1. Rentanten, 4 Kassirern, 4 Schriftführern und 10 Beisitzern. Der Vorsitzende, Rentant, Kassierer und Schriftführer werden in der Generalversammlung des Vereins gewählt. Die Beisitzer, welchen sowohl die Rechte und Pflichten der Vorsitzenden innewohnen, als sie im Bedarfsfalle auch als Schrift- oder Protokollführer zu fungiren haben, werden von den Branchenversammlungen vorgeschlagen und von der Hauptversammlung bestätigt. Sollten nicht genug Beisitzer von den Fachversammlungen vorgeschlagen werden, so wählt die Hauptversammlung dieselben. Der Gesamtvorstand beschließt über die Einberufung der Branchenversammlungen und delegirt die betreffenden Beisitzer zur Leitung derselben.

e) Der Fachkommission, in welche alle Branchen je nach ihrer Stärke 2—3 Mann entsenden, werden alle Resolutionen der Branchenversammlungen überwiesen. Die Fachkommission hat denselben eine solche Form zu geben, daß sie spruchreif der Hauptversammlung zur Bestätigung unterbreitet werden können.

f) Bei Einrichtung der Zahlstellen sind die bisherigen Verhältnisse oder sonstigen Lokale, mit denen die Metallarbeiter bisher Beziehungen unterhalten, in erster Linie zu berücksichtigen. Die Beitragskammer werden von den Branchenversammlungen vorgeschlagen und von der Hauptversammlung bestätigt, oder wenn über die Zahl der vorgeschlagenen hinaus noch solche gebraucht werden, von der Hauptversammlung gewählt.

Die Versammlung ist mit der Wahl einer Kommission zur Vorberathung des Statuts einverstanden und betrachtet diese Resolution als die Basis für die Verhandlungen derselben.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Eventuelle Wahl einer Statuten-Berathungskommission wurde der Antrag gestellt, eine Kommission von 11 Mitgliedern zu wählen, und gleichzeitig wurden die Namen von 11 den verschiedenen Metallarbeiter-Branchen angehörigen Kollegen angegeben. Der Antrag wurde angenommen und folgende Kollegen in die Kommission gewählt:

- 1. Köpfen, Formzer; 2. Weber, Klempner; 3. Stabernad, Schraubendreher; 4. Trittelwitz, Mechaniker; 5. Unversäth, Maschinenbauer; 6. Peins, Garbler; 7. Redner, Rohrlieger; 8. Gerisch, Schlosser; 9. Vorisoh, Radler; 10. Machalki, Dreher; 11. Schwarz, Schleier.

Annahme schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen, braufenden Hoch auf die neue Vereinigung die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Drechsler aller Branchen fand am 17. Februar unter dem Vorsitz des Herrn Hildebrandt statt. Zunächst verlas Herr Dienst die Abrechnung vom Stodarbeiter-Streik. Danach betrug die Einnahmen 7214,57 M. und die Ausgaben 7311,83 M.; bleibt ein Defizit von 97,26 M. Nachdem die Richtigkeit der Abrechnung von einem der Anwesenden bestätigt worden, wurde Herrn Dienst Decharge erteilt. Hierauf hielt der Genosse Apek einen Vortrag über Arbeiterlohn. Derselbe wurde mit Beifall von der Versammlung aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Böhm, Hildebrandt und Menzel. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Drechsler und Berufsgenossen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden; sie erklärt das dem Reichstage vorliegende Schutzgesetz in seiner Gestalt nach den Kommissionsbeschlüssen als ungenügend für einen wahren Arbeiterschutz, protestirt ganz energisch gegen die Verschärfung des § 158 und sieht nur in den von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträgen den wahren Schutz der arbeitenden Bevölkerung erblickt und erkennt nur die sozialdemokratische Partei als Vertreterin der Arbeiter an.“ Dann wurde über die „Aufhebung der Sperre über die Paul Hinzsche Perlmutterwaaren-Fabrik“ verhandelt. Herr Hildebrandt theilt hierzu mit, daß noch immer einige Kollegen von dem im Oktober vorigen Jahres in der betreffenden Fabrik ausgebrochenen Streik aus zu unterliegen sind; die Lohnkommission aber aus Mangel an Geld nicht mehr Unterstützungen auszahlen könne. Sollen an die betreffenden Kollegen noch Unterstützungen gezahlt werden, so müßten die Kollegen für die Aufbringung der Gelder sorgen. Die Versammlung solle beschließen, ob die Sperre aufrecht erhalten bleiben oder fallen gelassen werden solle. Zu der Angelegenheit sprachen noch die Herren Gruns, Thomas, Böwe, Trautmann, Thieme, Dittmar, Lutz, Blagens, Kautenberg. Die Mehrzahl der Redner sprach sich für die Aufrechterhaltung der Sperre aus und so wurde auch demgemäß beschlossen. Die Regelung der Unterbringung wurde der Lohnkommission übertragen. Die Regelung der Ueberstundenarbeit in der Perlmutterwaaren-Fabrik von Kossuth und Essener“ wurde dahin erledigt, daß beschlossene wurde, die Angelegenheit als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Versammlung zu setzen und den Chef, sowie die Arbeiter der Fabrik zu dieser Versammlung besonders einzuladen. — An Stelle von zwei der Delegierten der Drechsler zur Berliner Streik-Kontrollkommission, welche ihr Amt niedergelegt, wurde Herr Blagens gewählt. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt dafür zu sorgen, daß möglichst bald eine öffentliche Versammlung der Abrechnung vom Streik der Kammwäcker der Fabrik von Krönert vorgelegt werde. Außerdem wurde beschlossen, der Lohnkommission der Stodarbeiter die Einziehung der Vorschüsse vom Stodarbeiter-Streik zu übertragen.

Wie stellen wir uns zu einer diesjährigen Lohnbewegung? Diese Frage bildete den Hauptgegenstand der Tagesordnung einer öffentlichen, unter dem Vorsitz des Kollegen Bedemeyer stehenden Versammlung aller in der Holz-, Mühlen- und Juristerrbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Derselbe war gut besucht. Der erste Punkt der Tagesordnung: Bericht der Streik-Kontroll-Kommission wurde ohne Debatte genehmigt. Es wurde über die Reorganisation der Kommission, sowie über die Streiks der Glasarbeiter (Charlottenburg), Steinbruder (Berlin) und Tabalarbeiter (Hamburg) sowie der Bergolder (Berlin) berichtet und eine materielle Unterstützung der Kommission beschlossen.

Hierauf sprach Kollege Bedemeyer über die Lohnbewegung. Der im Jahre 1889 vereinbarte Lohnsatz wird von überaus vielen Seiten nicht mehr eingehalten, ja oft gar nicht beachtet. Die Einhaltung des Lohnsatzes aber sei Existenzbedingung für die Arbeiter. Der überaus andauernde und kalte Winter habe einen so hohen Bedarf an Kürschnerwaaren aller Art zur Folge gehabt, daß die Lagerbestände auf den geringsten Bestand herabgedrückt, ja theilweise ganz aufgebraucht seien, so daß eine arbeitsreiche Saison bestimmt zu erwarten sei. Von dem hohen Verdienst, dem „Entbehrungslohn“, wollen aber die Kürschner ebenfalls ihren Antheil haben. In Anbetracht der allgemeinen Krise aber möge man die Forderung nicht auf eine Lohnhöhung stellen, sondern nur die volle Aufrechterhaltung des durchlöchernten Tarifs fordern. Die Berliner Streik-Kontrollkommission aber habe, ebenfalls in Erwägung der „Krise“, ihre Unterstützung nur denjenigen Streiks zuzugestehen können, welche sich auf ein Abwählen beschränken. Wenn es nun bei den Kürschnern zum Streik käme, so sei der selbstbewahrscheinlichste Angriffstreik zu betrachten, es müßten also die Verhältnisse genau erwogen werden, ehe man zum Streik greift. Redner erklärt sich schließlich nochmals für das Eintreten in eine Lohnbewegung zur Aufrechterhaltung des Tarifs.

In der hierauf folgenden Diskussion wurden von den Selbstständigen (Hausindustriellen) betont, daß sie sich in einer durchaus nicht besseren Lage befänden. Sie können bei den ihnen von den Fabrikanten bezahlten Preisen nicht mehr bewilligen, an einen Druck ihrerseits auf die Fabrikanten sei nicht zu denken. Die Durchlöcherung des Tarifs sei vor allem den Arbeiterinnen zuzuschreiben. Es wurde speziell darauf hingewiesen, daß eine sehr große Zahl von Arbeiterinnen sich, nachdem sie 10 Stunden im Geschäft gearbeitet haben, noch Arbeit nach Hause nehmen, und so die Arbeitszeit auf 14, 16, ja 18 Stunden verlängern. — Ferner wurde der eventuelle Streik von anderen Rednern nur als ein Abwehrstreik bezeichnet, da es sich um Wiedergewinnung einer bereits erkämpften Forderung handelt. Der Referent betont im Schlußwort noch, daß im Kürschnergewerbe, trotz dem keine Zuchtarbeit, keine Hilfsarbeiter, keine ungelerneten Arbeiter, fast keine Maschinen anzutreffen seien und dennoch die Lage so unangenehm sei, nur die Hausindustrie Schuld sei. Es wird hierauf einstimmig beschlossen: 1. In vier Wochen findet eine zweite Versammlung statt, in welcher eine Lohnkommission zu wählen ist. 2. Alle Anwesenden treten in den Verband der Kürschner ein. 3. Alle erkennen die volle Gleichberechtigung der Frauen im Verband an und 4. alle Anwesenden sagen der Berliner Streik-Kontrollkommission ihre Unterstützung zu. Es erfolgt zu diesem Zweck Lieder-sammlung.

Eine außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung der Bergolder, Bergolderinnen und verwandten Berufsgenossen fand am 19. Februar unter dem Vorsitz des Herrn Mehring statt. Zunächst erstattete Herr Ganske Bericht über den Streik. Es besaßen sich danach im Auslande noch 14 ledige und 19 verheiratete Kollegen mit 12 Kindern. Die Lage des Streiks ist zur Zeit noch eine unangenehme. Hierauf erhielt zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Der Beschluß des Fabrikantenvereins“ Herr Fries das Wort. Derselbe theilte mit, daß die Kollegen Ganske, Niedergall und er in Gemeinschaft mit den Fabrikanten Görs, Wd. Wertmeister und Günther eine Sitzung gehabt. Hier wurde ihnen mitgetheilt, daß der Fabrikantenverein seinen Beschluß, betreffend die Schließung der Fabriken, deren Besitzer ihm angehören, wenn am 21. Februar die Arbeit bei Rutenberg nicht aufgenommen sei, zurückgezogen habe. Seitens der Arbeitgeber wurde vorgeschlagen, man solle, um die vielen Reibereien zwischen Unternehmern und Arbeitern etwas einzuämmern, in einer aus 3 Fabrikanten und 3 Arbeitern zu bestehen habenden Kommission versuchen, einen Normal-Preiskourant zu schaffen. Dies würde große Schwierigkeit bereiten, und wenn durchgeföhrt, um besondern im Gewerbe existirender Verhältnisse willen, zu Schwierigkeiten führen. Jedoch muß man jetzt etwas thun, um einigermaßen eine Einigung zu erzielen. Der Versuch, einen dem Vorschläge entsprechenden Preiskourant zu schaffen, könne ja gemacht werden. Allgemeine Lohnzahlung einzuföhren, dazu sind die Fabrikanten, wie aus ihrem Gebahren in der betreffenden Sitzung zu ersehen war, nicht zu bewegen. — In dieser Sitzung wurde Herr Wertmeister angefordert, die aus seiner Fabrik aus-gesperrten wieder in Arbeit zu nehmen. Er, Redner, habe nun von Wertmeister einen Brief erhalten, in welchem dieser mittheilt, daß bei ihm nicht die nöthige Arbeit vorhanden sei; er aber event. Einstellungen unter den früheren Arbeitsbedingungen seinen alten Arbeiter berücksichtigen werde. — An die Ausführungen des Herrn Fries knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Die Redner sprachen sich für ein unentwegtes Festhalten an den Beschlüssen, welche in der letzten öffentlichen Versammlung gefaßt wurden, aus. — Die Diskussion in der Gründe für und gegen geltend gemacht wurden, erdeite mit der Annahme folgenden Antrags: „Die Kommission der Bergolder zc. wird beauftragt, in Gemeinschaft mit den Fabrikanten einen Normal-Preiskourant auszuarbeiten; dies jedoch erst dann, wenn die Streiks bei Rutenberg und August Wertmeister beigelegt sind.“ Außerdem wurde eine Resolution angenommen, nach welcher sich die Anwesenden verpflichten, den bestehenden Organisationen beizutreten, um den Fabrikanten bei abermaligem Vorgehen energisch entgegenzutreten zu können. Unter „Verschiedenem“ wurden die Herren Fickelmann und Kari dazu gewählt, die bei einer Sammlung für die gewesene Gewerkschaftskassiererin eingekommenen Gelder, gegen die Abrechnung davon zu verwenden. Den Mitgliedern der Stodarbeiter-Kommission vom Parodrahmen-Bergolder-Streik, welche des Vorgehens gegen den § 158 der Gewerbe-Ordnung angeklagt sind, wurde Rechtschutz bewilligt.

Isfelure. Am Montag, den 16. Februar, hielt ihre öffentliche Versammlung der Gravure und Isfelure die Versammlung ab. Ein Antrag des Vorstandes, der Sachpreise 50 M. zu bewilligen, wird angenommen. Hierauf werden die Paragrafen der Unter-stützungskasse berathen; es wird beschlossen: arbeitslosen Mitgliedern nach einjähriger Karenzzeit, und wenn dieselben nicht mehr wie zwei Monatsbeiträge schuldig, mit 6 M. für den beirahnte, 4 M. für den beirahnte zu unterstützen, jedoch nicht für die erste Kalenderwoche der Arbeitslosigkeit keine Unterstützung zu zahlen. Die Dauer der Unterstützung wird auf vier Wochen pro Jahr festgesetzt. Als Reise-Unterstützung erhalten die Mitglieder, wenn die Entfernung mehr als zehn Meilen beträgt, 3 M.; durchreisende Kollegen erhalten, wenn sie nicht wissen, daß sie Abonnenten der Fachzeitung sind, 1 M. Nach deren Anspruchs hat jedoch keiner und um allen unangenehmen Weiterungen mit der Behörde zc. aus dem Wege zu gehen, wird beschlossen, nach Lage der Sache zu unterstützen. Des Weiteren ist jedes Mitglied, welches Anspruch auf Unterstützung macht,

Aktien-Brauerei - Gesellschaft
„Moabit“
 Berlin NW., Stromstr. II—16.
 Fernsprech Amt III. No. 1514. Telegr.-Adr. Brauerei Moabit.

Mit dem Versandt in Flaschen und Gebinden frei Haus bezw. frei Bahnhof Berlin unseres rühmlichst bekannten dies-jährigen Moabiter

haben wir begonnen und liefern

20 Flaschen Bock-Bier für 3 M.

Unsere sonstigen nur vom feinsten Malz und Hopfen hergestellten Biere empfehlen wir gleichfalls zu folgenden Preisen: 205 L.

30 Fl. helles u. dunkles Lagerbier	für je M. 3.
24 „ Klosterbräu (dunkel)	
24 „ Löwenbräu (München. Art)	
30 „ (Schoppen) Löwenbräu (Münchener Art)	

Stromstr. No. II—16. Moabit NW. Berlin.

Möbel, Spiegel- und Polsterwaaren-Magazin.
 Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Küchenmöbel in grosser Auswahl empfiehlt.
Julius Apelt, Sebastiansstrasse 27-28.
 Reelle Waare. [130 L.] Prompte Bedienung.

Neu! Stuttmeister's Frucht-Syrup. Neu!
 ist das billigste, gesündeste Volks-Nahrungsmittel. Bester Ersatz für Sutter und Zucker. Vorzüglich zur Bereitung von Saucen, Gemüse etc. geeignet. Besonders zur Vinderung von Husten und Heiserkeit empfohlen. Zu haben in allen Kolonialwaaren-, Mehl- und Vorkochhandlungen Berlins und Vororten, sowie im Verkaufslokal: Grüner Weg 43. Man fordere ausdrücklich: „Stuttmeister's Frucht-Syrup“.
 Händler erhalten löhnende Preisermässigung.

Gegenüber der Markthalle. **R. Stock,** Brangelstrasse 119. Gegenüber der Markthalle.

Zur Einsegnung sämtliche Artikel für Knaben und Mädchen sehr preiswerth. Corsets, Wäsche und Cröllingsartikel eigener Anfertigung.
Feste Preise. 97 L.
 Landwolle, garantiert nicht einlaufend, Schock 25 Vfg.

Uhren und Goldwaaren
 Wilh. Wegner, A. Th. Zech. vormalig Invalidenstrasse 106. Reparaturen streng reell unter Garantie. 93 L.

Gegründet 1875. **A. Pergandé's** Gegründet 1875.
 Färberei, Druckerei, chemische Waschanstalt
 Hauptgeschäft Waldemarstrasse 52 - Grötkerstrasse 43
 Reinickendorferstrasse 12.
 Arbeit für 2-2,50 Mark in allen Farben Damenkleider, Mäntel, Herren-Überzieher, Röcke im ganzen oder getrennt. Möbelstoffe jeder Art, 1 Kilo 2 M., Bettdecken à Paar 2,50 M., Herren-Anzug, gereinigt und gebügelt 2,50 M., ungebügelt 1,25 M. - Abholung und Zustellung kostenfrei. 100 L.

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren, reelle Waare zu soliden Preisen. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum; Küchenmöbel in großer Auswahl empfiehlt **Franz Tutzauer,** S.O., Köpcke'str. 25, nahe d. Körnicker Brücke.

L. Rinkel jr.
 118. Brunnenstrasse 118.
 Durch Ankauf eines ganzen Waarenlagers in Seinen, Baumwollenwaaren und Kleiderstoffen offerire solche jetzt **sehr viel billiger:**

Hemdwaare	15 Pf.
Bettzeuge	15 u. 25 Pf.
Gutes Hausmacherleinen	20 Pf.
Leinwand ohne Naht	
3 Berl. Ellen lang	1,25 M.
Gerstenkornhandtücher	15 Pf.
Studenhandtücher	25 Pf.
do. extra lang u. breit	35 Pf.
Inletts, rosa und gestreift	30 Pf.
Drillings, volle Bettbreite	45 Pf.
Reinheit! Kleiderstoffe, Satos etc.	25 Pf.
Warp's	18 Pf.

Zur Einsegnung: Cachemirs gemustert u. glatt 50 Pf. u. 1 M.
 Salon-Teppiche, groß 4,50 M.
 Hauptverkehr für Händler u. Hausirer

Gutfabrik
 Flückerstrasse 11, vis-à-vis der Heiligen Kreuz-Kirche.
 Wilhelm Böhm.
 Sämtliche Hüte mit Kontrollmarken. Großes Lager in Schirmen und Stilschuhen. Reellste Bedienung.

H. Richter, Optiker,
 Berlin O., Wallstrasse 97, am Spittelmarkt. 2. Geschäft: Weinbergsweg 15b, am Rosenfelder Thor.

Alumingold-
 Brillen und Pinos-nos, garantiert nie schwarz werdend. M. 2,50
 Nickelbrillen u. Pinos-nos. M. 1,50
 do. allerfeinste Qual. M. 2,-
 Rathenower Brillen. M. 1,-
 do. allerfeinste Qual. M. 2,-
 Operngläser, mit Etuis, M. 7,-
 Neu! Richter's Opera- u. Reiseglas „Excelsior“, das Beste auf dem Markte, mit Etuis und Riemen M. 12,-.
 Beste und billigste Jugendguelle aller optischen Artikel, genaueste Fachkenntnis, eigene Werkstatt, prompt, Versandt nach außerhalb gegen vorherige Einfindung oder Nachnahme. 46

Lehr-Institut für wissenschaftliche Zeichen- und Buchmalerei
 leitet unter persönlicher Leitung in kurzer Zeit seine neu verbesserte Methode. Theoretisch 20 St. ausführlich schriftlicher Unterricht, praktisch geübt. Keine Neben-Ausgaben. Taglich Aufnahme. Näheres 40 M. Auswärtige Schülerinnen gesucht.
 Hauptlehrer:
 40 Berlin W., Leipzigerstr. 40

Sophabezüge.
 Reste von 3/2-8 Meter in Plüsch, Phantasiestoff, Damast und Nips sportlich. Teppiche mit Keinen Musterfehlern 5, 6, 8, 10, 50 M., nur wegen kaum merkbaren Fehlern so billig. Versandt streng reell, gegen Nachnahme.
 Berlin S.,
S. Unger, Craniensstr. 48.
 Teppich- und Möbelstoff-Fabrik.

Nur 1 Mark
 kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt. 22 L.
 Lager aller Arten Uhren.
 Betten, Ringe etc.
Otto Eleser,
 Uhrmacher (Fachmann),
 Hauptstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Bureau für **Patent-Angelegenheiten**
 BERLIN S. Köhlerstr. 4
 Telephon Nr. 1. BRANDT, Oskar
 Seit 1873 in Berlin tätig.

Platina-Abfälle, jetzt höchste Preise, taugt Juwelier
 Bergwitz, Dragonerstr. 27, u. Münzstr.

Butter-Handlung
 von **Bernh. Müller,**
 Neue Poststrasse 1
 empfiehlt:
ff. Tischbutter
 Pfund 1 Mk.
 ff. Bratenmalz Pfd. 55 Pf.
 Prima Sardellen Pfd. 80 Pf.
 frische Eier billig.
 Ullersdorfer Sahnenkäse Stück 20 Pf. (weich und gelb). 95 L.
 Thüringer Rummelkäse 3 Stück 25 Pf.
 Züchern, Spezialität, Gölnischer Pf. markt 1, 3 Zr.

Gräflich Reischach'sche Brauerei.
 Berlin-Stralau.
 Der Ausstoß unseres **Bock-Bieres** (II. Bock-Saison)
 begann Sonnabend, den 21. Februar. Bestellungen in Flaschen und Gebinden werden rechtzeitig erbeten. **Telephon Rummelsburg No. 11.** 218 L.

Brauerei Pfefferberg.
 Der Ausstoß und Versandt unseres rühmlichst bekannten **Bock-Bieres**
 beginnt Sonnabend, den 21. Februar.
 Wir liefern dasselbe in Flaschen und Gebinden frei Haus:
20 Fl. 1/10 Inh. 3 M., 1/8 Tonne 4 M. 50 Pf.
 Gleichzeitig empfehlen unser **hochfeines goldfarbig. Tafelbier**
 30 Fl. 4/10 Inh. = 3 Mk. 1/8 Tonne = 3 Mk.
 26 " 7/16 " = 3 " "
 Bestellungen bitten direct zu richten an
Telephon-Anschluß: Amt III. Nr. 579. Brauerei Pfefferberg, N. Schönhauser Allee 176. 14 P.

Man verlange in allen Delikatess- und Kolonialwaaren-handlungen (55 L.) **Tobias (bakterienfrei) 15 Pf.**
 flüssige Chokolade
 Rein Cacao, Milch und Zucker.
 à Flasche
 Fabrik Berlin O., Blumenstr. 70.

Die seit 1877 bestehende, weltbekannte **Uhrenfabrik von Max Busse**
 157 Invalidenstr. 157, Markthalle.
 verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
 Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet. Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von Gold-, Silber-, Granaten- und Korallenwaaren zu fabelhaft billigen Preisen.
 Specialität: **Ringe.**
 Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt. 136 L.

Genossen empfehle mein Gutgeschäft. Arbeite nur mit Fabrikanten, welche sich der Kontrollmarken deutscher Gutsmacher angenommen haben. Bitte zu beachten: Köpcke'strasse 126, nahe der Adalbertstrasse. 26 L.
Adolph Kehr.

Teppiche
 mit kleinen Webefeldern!
 à 5, 8, 12, 15, 25, 40-100 Mark
 verkaufe jetzt auch an Private!
 Gardinen, Tischdecken, Porzellan etc. [83 L.]
 Teppich-Fabrik **Emil Lefèvre,**
 Berlin S., Craniensstr. 158,
 zwischen Moritzpl. u. Craniensbrücke.
 Waaren-Katalog! Reich illustriert
 200 Seiten stark, franko.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa. Sarg-Magazin und 186 L.
 Eislermeister.
 NW. 67. Bremerstr. 67. NW. **Beerdigungs-Comtoir.**